

Der Bahnhof Herisau im Bundeshaus

Sommerzeit ist Reisezeit – da will ich meinen Bericht aus der Sommersession mit einigen gewichtigen Verkehrsprojekten beginnen: Ausserrhodener ist ganz direkt betroffen vom 3. Agglomerationsprogramm des Bundes. Dank geballtem Ausserrhodener Einsatz auf allen Ebenen (Gemeinde, Kanton, Bund) ist der Bahnhof Herisau Teil dieses Programms. Nach dem Nationalrat hat das nun auch der Ständerat einhellig unterstützt. Auch der Ausbauschnitt 2035 im Bahnverkehr betrifft das Appenzellerland. Dazu trägt primär der Brütener Tunnel zwischen Zürich und Winterthur bei, aber auch der Planungsauftrag, die Ost-West-Strecke generell auszubauen und zu beschleunigen. Nun hat auch der Ständerat zugestimmt.

Schliesslich ist auch der Ausbauschnitt 2019 der Nationalstrassen unter Dach und Fach. Der Nationalrat hatte dabei noch euphorisch überbortet und in Missachtung der Verfahren auch Strassen aufgenommen, die dafür nicht reif waren (so auch die oft erwähnte Thurgauer Bodensee-Thurtalstrasse BTS). Der Ständerat hat dies nüchtern korrigiert. Den Zubringer Appenzellerland samt Umfahrung Herisau konnte man dabei seriöserweise noch nicht einbringen, da die Strasse als N25 erst per 2020 überhaupt auf den Bund übergeht (was auch für die BTS gilt). Die Appenzeller Parlamentarier bleiben jedenfalls eisern dran.

Modernes Aktienrecht

Mein grösstes Geschäft war die (schon 12-jährige) Reform des Aktienrechts, die über 110 000 Unternehmen in der Schweiz betrifft. Letzten Winter konnte ich

die Reform mit einem Rückweisantrag vor dem Absturz bewahren. Seither haben wir in der Rechtskommission hart gearbeitet. Am Ende kam ein modernes, wirtschaftsfreundliches Paket heraus, das die Rechte der Aktionäre stärkt, den Unternehmen mehr Freiheiten gibt, die Digitalisierung aufnimmt und die Abzocker-Initiative umsetzt. Am meisten zu Reden gab allerdings der sogenannte «Geschlechter-Richtwert». Als Kompromiss hatten wir in der Kommission eine solche Quote für den Verwaltungsrat vorgeschlagen, aber der Rat wollte die Quote auch für die Geschäftsleitung. Für Branchen, in die es beruflich noch immer wenige Frauen hinzieht (z.B. Ingenieurwesen oder Bau) wird

das nicht einfach zu erreichen sein. Das wird sich mit der Zeit aber wandeln.

Sodann beriet der Ständerat die Volksinitiative für vier Wochen Vaterschaftsurlaub. Ich finde eine frühe Beteiligung von Vätern am Familienleben wichtig. Damit aber nicht die Allgemeinheit dafür zahlen muss, machte ich den Vorschlag, dass Arbeitnehmer das Recht erhalten, ihre vier bis fünf Wochen gesetzliche Ferien um die Geburt herum zu beziehen. Ausserdem machten alle FDP-Ständeräte gemeinsam den Vorschlag, dass – wenn man das System schon ausbaut – wenigstens eine «Elternzeit» mit freier Aufteilung entsteht, damit der Staat nicht Rollenbilder zementiert. Der

Ständerat entschied sich aber für zwei Wochen staatlich bezahlten und für Männer reservierten Urlaub. Wichtiger für Gleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie scheint mir ohnehin, dass die ausserfamiliäre Betreuung funktioniert. Als Kommissionssprecher vertrat ich dazu mit Erfolg eine Vorlage, die es besser erlaubt, Krippenkosten steuerlich abzuziehen – das Zusatzeinkommen muss man ja ebenso versteuern.

Keine Lobbyisten-Transparenz

Dafür stürzte eine andere Reform ab, die ich zusammen mit SP-Ständerat Berberat angestossen hatte. Sie sollte mehr Transparenz über Lobbyisten im Bundes-

haus bringen. Die Mehrheit der Nationalräte (anders noch als die Ständeräte) versenkten die Vorlage aber.

Dafür hatte eine andere Vorlage Erfolg, die ich angeregt hatte, um die (bis dahin offene) Frage zu regeln, wer eigentlich für die Kündigung von Staatsverträgen zuständig sei. Nun ist klar: Wer Verträge genehmigt, darf auch über die Kündigung entscheiden.

Der Ständerat nahm weiter meine Motion für ein modernes Stockwerkeigentum an. Nach 55 Jahren ist es Zeit, dieses an sich bewährte System einmal aufzufrischen. Namentlich sollen dabei gewisse Rechte der Eigentümer gestärkt werden.

Mit weiteren Motionen wollten CVP-Ständerat Beat Rieder und ich private Unternehmen vor unfairer staatlicher Konkurrenz schützen. Die Motionen wurden leider knapp abgelehnt, obschon zuvor mehr als die Hälfte der Ständeräte unterschrieben hatte. Der Bundesrat hat sich mit Blick auf seine eigenen Staatsunternehmen (Post, Swisscom etc.) erfolgreich gewehrt.

Dafür habe ich für eine neue Motion fast 30 Unterschriften gesammelt, nämlich gegen die automatische Erhöhung der direkten Bundessteuer. Diese wächst infolge Wirtschaftswachstum überproportional; irgendwann landen alle Steuerzahler in der höchsten Steuerklasse. Wie schon die «kalte Progression» ausgeglichen wird, soll auch diese «reale Progression» ausgeglichen werden.

Weiter habe ich ein Postulat eingereicht, wonach der Bundesrat aufzeigen soll, wie er Zulassungen für geschlossene Märkte (für die es z.B. eine Konzession

braucht) fairer und transparenter ausgestalten kann.

Ein anderes Postulat von mir – zur bürokratischen Entlastung der Landwirtschaft – ging mit 17:18 (!) Stimmen unter, und zwar, weil viele Ratsmitglieder falsch gestimmt hatten (!!!). Sie haben sich danach zwar entschuldigt, aber das änderte nichts am Resultat. Auch das ist Politik.

Dramatische Bundesgerichtswahl

Politisch war ausnahmsweise auch eine Ersatzwahl am Bundesgericht. Fast hätte eine Partei alleine die Mehrheit in einer wichtigen Bundesgerichtsabteilung erhalten, was institutionell falsch wäre. Daher habe ich mich dafür engagiert, dass eine Richterin einer andern Partei in diese Abteilung gewählt wird. Im September gleichen wir das dann übers Gesamtgericht gesehen wieder aus.

Erfreulich war auch die Debatte um meine Interpellation zum «CH-Kleber im Nummernschild»: Bundesrätin Sommaruga zeigte sich in der Sache engagiert. Wenn sie etwas Gas gibt, ersparen wir uns dank dieser simplen Interpellation eine Verfassungsabstimmung, wofür ein rühriges Komitee bereits Unterschriften sammelt.

Zuletzt: Auch in dieser Sommersession organisierte ich den traditionellen Gesangsabend der Bundeshaus-Band. Unser neuer Pianist, SVP-Nationalrat Gregor Rutz, hat so erfolgreich in die Tasten gehauen, dass wir fortan alle mit ihm singen und musizieren wollen – unser aller Wiederwahl im Oktober vorausgesetzt.

Andrea Caroni
Ausserrhodener Ständerat



Andrea Caroni spricht während der Debatte um die Vaterschaftsurlaubs-Initiative. Bild: Peter Kaunzler/Keystone

21 Vorlagen sind unter Dach und Fach

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte die Sommersession abgeschlossen. 21 Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach. Unter anderem sprach das Parlament 13,8 Milliarden Franken für den Ausbau, Betrieb und Unterhalt des Nationalstrassennetzes sowie 12,9 Milliarden Franken für die Bahninfrastruktur.

Um viel Geld ging es auch bei der Staatsrechnung 2018. Statt eines budgetierten Überschusses von 300 Millionen Franken erzielte Finanzminister Ueli Maurer einen erfreulichen Überschuss von knapp 3 Milliarden Franken. Angenehm dabei ist ebenfalls, dass die Bruttoschulden erstmals seit 1997 leicht unter 100 Milliarden Franken gesunken sind. Vor dem Hintergrund, dass nachfolgenden Generationen aber immer noch ein Schuldenberg von rund 100 000 Millionen Franken übertragen wird, halte ich es für unerlässlich, dass konsequent an der Schuldenbremse festgehalten wird.

Lange Beratung

Der Nationalrat hat während neun Stunden die intensiven Diskussionen über die Trinkwasser- und die Pestizidverbotsinitiative abgeschlossen. Er empfiehlt beide Volksinitiativen und Gegenvorschläge zur Ablehnung.

Beide Initiativen würden die Bauern in ihrem Beruf massiv einschränken. Bei einer strikten Umsetzung wären Ernteausfälle von bis zu 40 Prozent zu erwarten. Die Konsumentenpreise würden um 20 bis 40 Prozent steigen, was den Einkaufstourismus zusätzlich fördern würde. Auch müssten mehr Lebensmittel importiert werden. Würde beispielsweise die Pestizidverbotsinitiative angenommen, könnten (weil die Rohstoffe unbehandelt aus dem Ausland bezogen werden müssten!) kaum mehr Kakao und Kaffee importiert werden, was in der Verarbeitungsindustrie Tausende Arbeitsplätze kosten würde. Das Geschäft geht nun an den Ständerat und erst danach wird sich das Stimmvolk zu den Initiativen äussern können.

Öffentliches Beschaffungsgesetz

National- und Ständerat haben am Abschlussstag der Sommersession der Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen zugestimmt. Das revidierte Bundesgesetz, das ab Januar 2021 in Kraft tritt, bedeutet einen Paradigmenwechsel: Bei öffentlichen Beschaffungen soll neu das vorteilhafteste und nicht mehr einfach das billigste Angebot den Zuschlag erhalten. Das Parlament hat auf die Qualität ausge-

richtete Zuschlagskriterien aufgenommen und das Kriterium «Verlässlichkeit des Preises» eingeführt. Dieses sorgt dafür, dass das billigste Angebot nicht mehr automatisch die höchste Bewertung und damit den Zuschlag erhält. Qualitative Zuschlagskriterien werden stärker gewichtet. Dank diesem Entscheid kann

endlich dem ruinösen Preiskampf entgegengewirkt werden.

In der Wandelhalle des Bundeshauses kämpfen unzählige Lobbyistinnen und Lobbyisten für die Anliegen ihrer Auftraggeber. Diese dürfen weiterhin im Dunkeln bleiben, weil der Nationalrat eine von der Ständeratskommission ausgearbeitete Mi-



David Zuberbühler an der Frühjahrsession 2019.

Bild: PD

ni-Reform mit 103 zu 72 Stimmen abgelehnt hat. Zur Diskussion stand, dass Mitarbeitende von Lobbyagenturen deklarieren müssen, in wessen Auftrag sie in der Wandelhalle unterwegs sind. Eine Mehrheit möchte auch weiterhin vernebeln, wer im Bundeshaus in wessen Auftrag ein- und ausgehen und lobbyieren darf. Ich habe Mühe damit, und deshalb habe ich mich für die Gesetzesänderung starkgemacht. Innerhalb meiner eigenen Partei musste ich mir – aufgrund meines Abstimmungsverhaltens – aus den hinteren Reihen einmal mehr einige böse Sprüche anhören. Weil, ganz im Gegensatz zum Ständerat, im Nationalrat immer wieder Fraktionsdisziplin gefragt ist und ich mir doch zwischendurch erlaube, nicht wie die Fraktion zu stimmen, habe ich mir zwischenzeitlich einen breiten Rücken zugelegt. Meine ganze Kraft gilt schliesslich stets den Interessen der Appenzellerinnen und Appenzeller.

Ausnahme für historische Schiessen

Der Bund soll die Sanierung belasteter Schiessstandorte auch dann unterstützen, wenn nach dem Jahr 2020 noch in den Boden geschossen wird. Das hat der Nationalrat dank der SVP so beschlossen. Gemäss geltendem Gesetz subventioniert der Bund die Sanierung von Schiess-

anlagen nur dann, wenn ab 2021 nur noch mit Kugelfang darauf geschossen wird.

Diese Sanierungen sind extrem teuer und bedeuten für Schützenvereine oftmals das Aus. Nach Ansicht der grossen Kammer sollen für historische Schiessen und Feldschüssen aber künftig Ausnahmen gelten.

Im Gegensatz zum Ständerat hält der Nationalrat an der Umfahrung Oberburg bei Burgdorf im Kanton Bern fest. Wegen dieser Differenz liegen die übrigen 34 Agglomerationsprogramme nun bis im Herbst auf Eis. Das Grossprojekt «Bahnhofplatz und Bushof» in Herisau, welches Teil des Agglomerationsprogramms St. Gallen-Bodensee ist, ist deswegen aber überhaupt nicht gefährdet und völlig unbestritten.

Nachdem der Kanton Appenzell Innerrhodener seiner Zeit wieder einmal voraus ist und seine Deputation für den Ständerat bereits bestimmt hat und Daniel Fässler sich in den Ständerat verabschiedet hat, stelle ich mit einem Augenzwinkern fest, dass ich zumindest bis im Herbst das ganze Appenzellerland alleine vertreten darf. Ihnen, liebe Ausserrhodenerinnen und Ausserrhodener, wünsche ich eine schöne Sommerzeit und bedanke mich für Ihr Vertrauen.

David Zuberbühler
Ausserrhodener Nationalrat